

Asyl, Migration und Fakten:

Für eine humane Asylpolitik, die funktioniert!

- Aktuelle Situation

Aktuell funktioniert in Europa das Asylsystem weder innerhalb der Mitgliedstaaten noch auf europäischer Ebene zufriedenstellend: Die finanziell und strukturell geschwächten südlichen EU-Staaten sind von der intensiven, andauernden Fluchtmigration über das Mittelmeer überfordert. Dublin-III¹ ist faktisch gescheitert.

Eine effektive Verteilung in der Europäischen Union gibt es nicht. In fast allen EU-Staaten, besonders bei den Mittelmeeranrainern, dauern Asylverfahren sehr lange und weisen erhebliche Qualitätsmängel auf. Dies führt zu einer massiven Belastung der Gerichte und dazu, dass Migrantinnen und Migranten endlos auf die Entscheidung über ihren Asylantrag warten. Rückführungen finden so gut wie nicht statt, sie scheitern am mangelnden Willen der Herkunftsländer, ihre Staatsbürger/-innen zurückzunehmen. Rücknahmeabkommen werden von beiden Seiten (den EU-Mitgliedsstaaten auf der einen und den Herkunftsländer auf der anderen Seite) nicht umgesetzt.

Rechtspopulisten in ganz Europa nutzen diese unbefriedigende Situation, um daraus für sich Profit zu schlagen. Sie haben den Mythos produziert, dass Grenzschließungen einfach und möglich seien und sich so alle Probleme in diesem Bereich lösen ließen. Real praktikable und wirksame Lösungen bieten sie jedoch nicht an. Auch in den konservativen Parteien wird der Ruf nach schärferen Grenzkontrollen an den Binnengrenzen des Schengen-Raums sowie der externen Unionsgrenzen durch FRONTEX laut. Zurückweisungen werden diskutiert und klassische Rückübernahmepolitik in Bezug auf die Herkunftsländer eingefordert. Gleichzeitig sollen Migrantinnen und Migranten in Europa weiterhin durch ein verpflichtendes Quotensystem verteilt werden und am besten Asylzentren außerhalb der EU die Anträge bearbeiten. Bei alledem liegt der europäische Fokus auf Nordafrika, woher jedoch nur ein Teil der Geflüchteten ursprünglich kommt und die Ursachen offenkundig in anderen Regionen der

¹ Das Dublin III Verfahren hat 2014 Dublin II abgelöst. Es regelt die Behandlung aller Flüchtlinge im Unionsbereich, die um internationalen Schutz ersuchen. Die Effizienz von Asylverfahren und die Rechtsgarantien Asylsuchender sollen durch die neue Verordnung gestärkt werden. Im Vergleich zur Dublin-II-Verordnung sind in der Dublin-III-Verordnung Grundsatzurteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg und des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg berücksichtigt worden.

Welt und in Europa liegen. Wir beobachten derzeit einen traurigen Wettlauf nach unten, der sich immer weiter von sozialdemokratischen Werten entfernt.

Deshalb lehnen wir die folgenden fünf Forderungen ab:

- Mehr Kontrollen an den Schengen-Binnengrenzen:
 - Sie ändern nichts am Migrationsdruck von außerhalb der EU und tasten die Grundfesten der europäischen Idee an.
- Verpflichtende Verteilquoten innerhalb der EU:
 - Haben bisher auch nicht funktioniert, weil außer einzelnen EU-Staaten (darunter v.a. Deutschland) kein EU-Land davon profitiert.
- Reine Abschreckung durch mehr FRONTEX und „Lager“ mit schlechten Bedingungen:
 - Reine Abschreckung funktioniert nicht. Wir brauchen vielmehr eine effektive Seenotrettung, die das Sterben im Mittelmeer beendet.
- Asylzentren außerhalb der EU:
 - Weshalb sollte etwas außerhalb der EU funktionieren, was wir nicht einmal in der EU schaffen?
- Mehr klassische Rückübernahme-Diplomatie:
 - Sie arbeitet mit Druck, weniger mit Anreizen und führt zu einer Verhärtung der Fronten.

Um dem zu begegnen, brauchen wir eine progressive Vision für eine faire, humane und realistisch funktionierende Asylpolitik in Europa, mit dem Ziel, dass sich möglichst wenige auf den Fluchtweg begeben und diejenigen, die tatsächlich Schutz suchen, ihn auch erhalten. Die Eckpfeiler dieses Ansatzes beruhen auf zwei Aspekten:

- 1) Realismus: „Wer keinen Anspruch auf Asyl hat, muss zurück.“
- 2) Empathie: „Schnelle und faire Entscheidungen, humane Behandlung, die Interessen der Menschen und betroffenen Staaten im Blick haben.“

Daraus ergeben sich folgende zentrale Forderungen:

- Legale Migrations- und Fluchtwege schaffen, z.B. durch Resettlement/Relocation und Migrationskontingente (das vereinbarte Einwanderungsgesetz kann ein Ansatz sein)
- (Gemeinsame,) sehr schnelle, faire Verfahren in der EU mit unabhängiger Rechtsberatung
- Funktionierende Rücknahmeabkommen und humane Rückführungen, wo es nötig ist
- Umverteilung in der EU auf der Basis von Freiwilligkeit
- Interessen der Länder im Blick haben, passende Angebote machen, Perspektiven schaffen

- Humanitäre Hilfe für Vertriebene in den Erstaufnahmeländern, v.a. bei Bildung, Gesundheit und mit direkter Sozialhilfe
- Ein europäisches Bündnis zur Beendigung des Sterbens im Mittelmeer: Ein umfassendes, gemeinschaftlich und dauerhaft finanziertes Seenotrettungsprogramm der EU

Dazu im Einzelnen:

- *Freiwilligkeit*

Für eine Entspannung der Lage müssen die Interessen sowohl der Aufnahmeländer als auch der Herkunftsländer berücksichtigt werden (zu den Herkunftsländer übernächster Bullet Point).

Innerhalb der EU funktioniert eine Zwangsverteilung mittels Quoten offenkundig nicht, solange sich einige Mitgliedsstaaten nicht an die vereinbarten Regeln halten. Das ist auch logisch: In den Jahren 2013 und 2017 hatten in fast allen Mitgliedsstaaten außer Deutschland, Frankreich, Italien und Griechenland deutlich weniger Geflüchtete einen Asylantrag gestellt, als eine gerechte Verteilung vorsehen würde. Selbst Italien hatte noch im Vergleichsjahr 2013 nur die Hälfte der vorgesehenen Quote aufgenommen. 2017 hatten in Griechenland viermal so viele Menschen Asyl beantragt, wie laut Quote auf das Land verteilt werden würden und in Deutschland waren es 14 Prozent mehr. Alle anderen Länder blieben weit unter dem Anteil, den ein fairer Verteilschlüssel für sie vorsehen würde.

Auch ein Dublin-IV-Abkommen, das auf Zwang basiert, wird nicht effektiv wirken, da es die finanziell und strukturell geschwächten südeuropäischen Staaten nicht wirksam entlasten und keine echten Anreize für EU-Länder setzen wird, Geflüchtete aufzunehmen. In den skandinavischen Staaten haben die verstärkten Grenzkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze ohnehin die Asylzahlen stark reduziert. Sie greifen kaum noch auf das Dublin-System zurück: 2017 wurden Dublin-Verfahren in Schweden nur noch bei 5 % der Entscheidungen durchgeführt. Das Resultat ist ein Wachsen der Ungleichheit. Genau dies wollen wir nicht.

- *Rückführungen*

Seit dem Abschluss des EU-Türkei-Abkommen am 20. März 2016 bis Ende 2017 kamen 56.311 Menschen in Griechenland an. Im gleichen Zeitraum wurden 1.484 Menschen in die Türkei zurückgeführt. Die Wahrscheinlichkeit für Menschen aus Syrien, dem Irak und Afghanistan in die Türkei zurückgebracht zu werden, liegt bei null. Beim EU-Türkei-Abkommen liegt dies insbesondere an extrem langen Verfahrensdauern und überlasteten/schlecht organisierten Gerichten.

Die Rückführungen aus der EU in die Herkunftsländer scheitern zudem in der Regel an der Rücknahmebereitschaft der Herkunftsländer, die oft keine Reisedokumente ausstellen oder bei Abschiebungen nicht kooperieren. Der Grund dafür liegt darin, dass viele Herkunftsländer keinen Anreiz darin sehen, ihre Bürger/-innen zurückzunehmen: Zu Hause erwarten sie Perspektivlosigkeit und prekäre soziale Verhältnisse.

- *Angebote an die Herkunftsländer*

Zur Lösung der Lage muss die Europäische Union mit den Herkunftsländern effektive Rücknahmeabkommen schließen und ihnen attraktive Angebote machen, die deren Interesse steigert, ihre Staatsbürger/-innen zurück zu nehmen. Neben wirtschaftlichen Hilfen können das auch Möglichkeiten der legalen Einreise sein. Beispielsweise konnten die USA unter Bill Clinton mit der Zusage von 20.000 Greencards pro Jahr für Kubaner Kuba zur Rücknahme ihrer irregulär in die USA eingereisten Staatsbürger bringen. Dadurch endete die irreguläre Zuwanderung aus Kuba in die USA abrupt. Auch die deutschen Vereinbarungen mit den Westbalkanstaaten, mehr Arbeitsmigration zuzulassen, hatten einen sehr deutlichen Rückgang der Asylzahlen zur Folge. Eine solche Politik ist insbesondere für die Menschen wichtig, die aus wirtschaftlichen Gründen ihr Land verlassen und derzeit den Asyl-Weg wählen (müssen). Der größte Teil derjenigen, die nach Europa kommen, sind nicht die Ärmsten der Armen. Oft spielt die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und der persönlichen Perspektiven die entscheidende Rolle.

- *Resettlement*

Ein weiterer Punkt sind große Kontingente für Resettlement-Programme. Hierbei können sich Menschen beim UNHCR registrieren. Wichtig ist, dass diese Kontingente von ernst zu nehmendem Umfang sind, in den Herkunftsregionen ansetzen (nicht in Nordafrika) und reale Chancen eröffnen, so aus Flüchtlingslagern in den Nachbarstaaten von Bürgerkriegsländern in Sicherheit zu gelangen. Nur so können Menschen auf der Flucht überzeugt werden, nicht im Boot über das Mittelmeer – die tödlichste Grenze der Welt – zu kommen, sondern diese legalen und vor allem humanen Fluchtwege zu nutzen.

- *Mögliche Optionen*

Eine gerechte und funktionierende Asylpolitik benötigt schnelle, effiziente und faire Verfahren innerhalb der EU. Diese Asylpolitik muss gerade für die Bürgerkriegsflüchtlinge und diejenigen Menschen gelten, die Asyl in Europa beantragen wollen.

Dies kann innereuropäisch mit den bestehenden Verträgen gelöst werden, indem die Mitgliedsstaaten untereinander kooperieren oder gemeinsame Asylzentren mit hohen Standards auf EU-Territorium einrichten. Es ist eine europäische Gemeinschaftsaufgabe, diese personell und finanziell auszustatten – entweder durch eine Kooperation der Mitgliedsstaaten untereinander oder durch die EU-Kommission.

Beispielhaft in der EU ist das niederländische Modell. Hier werden der größte Teil der Anträge inklusive Einsprüchen innerhalb von zwei Monaten beschieden. Alle Flüchtlinge erhalten eine qualitativ hochwertige und unabhängige Verfahrensberatung: Ihnen werden vom Staat bezahlte Anwälte für die Gesamtdauer des Verfahrens zur Seite gestellt. Die Niederlande haben hierfür die zuständigen Gerichte wie auch die Asylbehörde personell und technisch entsprechend ausgestattet. Dafür wird das System von allen Seiten (NGOs, UNHCR, Anwält/-innen, Flüchtlingen und Politiker(-inne)n) gelobt.

Auf Griechenland angewandt würde dies beispielsweise heißen, dass alle Anträge von dort ankommenden Flüchtlingen in kurzer Zeit in einem fairen Prozess in EU-Asylzentren vor Ort bearbeitet werden und auch die sich anschließenden Gerichtsverfahren zügig bewältigt werden. Sollten sie negativ beschieden werden, werden sie in die Türkei zurückgeführt. Im Gegenzug zu den Rückführungen in die Türkei, sollten die EU-Mitgliedsstaaten freiwillig mehr Resettlement-Flüchtlinge aus der Türkei übernehmen. Ebenso müssten sich andere EU-Staaten bereit erklären, in signifikanter Zahl anerkannte Flüchtlinge aus Griechenland in Relocation-Programmen aufzunehmen. Zur Finanzierung müsste ein ausreichend ausgestatteter EU-Fonds zur Verfügung stehen, der den Aufnahmestaaten – im besten Fall den aufnehmenden Kommunen - zu Gute kommt. Dieser Prozess würde nicht nur Griechenland (und die anderen Mittelmeeranrainer) entlasten, sondern auch den Flüchtlingen klare Perspektiven für ihre Zukunft geben.